

<b>BESCHLUSSVORLAGE</b>  <b>V0586/22</b> öffentlich	Referat	OB
	Amt	INVG
	Kostenstelle (UA)	800900
	Amtsleiter/in	Frank, Robert, Dr.
	Telefon	97439-300
	Telefax	97439-399
E-Mail	info@invg.de	
Datum	24.06.2022	

Gremium	Sitzung am	Beschlussqualität	Abstimmungs- ergebnis
Stadtrat	26.07.2022	Kenntnisnahme	

### Beratungsgegenstand

ÖPNV-Preisoffensive

-Antrag der Ausschussgemeinschaft DIE LINKE/ödp vom 24. März 2022-

Stellungnahme der INVG

(Referent: Oberbürgermeister Dr. Scharpf)

### Antrag:

Der Stadtrat nimmt den Sachstandsbericht zur Kenntnis.

Der Antrag ÖPNV-Preisoffensive der Ausschussgemeinschaft DIE LINKE/ödp wird nach Klärung der Umsetzung und Finanzierung von aktuellen Tarifmaßnahmen des Bundes und des Freistaats auf eine kommunale Umsetzung in Abstimmung mit dem Zweckverband VGI geprüft.

gez.

Dr. Christian Scharpf  
Oberbürgermeister

## Finanzielle Auswirkungen:

**Entstehen Kosten:**  ja  nein

wenn ja,

Einmalige Ausgaben	Mittelverfügbarkeit im laufenden Haushalt	
Jährliche Folgekosten	<input type="checkbox"/> im VWH bei HSt: <input type="checkbox"/> im VMH bei HSt:	Euro:
Objektbezogene Einnahmen (Art und Höhe)	<input type="checkbox"/> Deckungsvorschlag von HSt: von HSt:	Euro:
Zu erwartende Erträge (Art und Höhe)	von HSt:	
	<input type="checkbox"/> Anmeldung zum Haushalt 20	Euro:
<input type="checkbox"/> Die Aufhebung der Haushaltssperre/n in Höhe von            Euro für die Haushaltsstelle/n (mit Bezeichnung) ist erforderlich, da die Mittel ansonsten nicht ausreichen.		
<input type="checkbox"/> Die zur Deckung herangezogenen Haushaltsmittel der Haushaltsstelle (mit Bezeichnung) in Höhe von            Euro müssen zum Haushalt 20            wieder angemeldet werden.		
<input type="checkbox"/> Die zur Deckung angegebenen Mittel werden für ihren Zweck nicht mehr benötigt.		

## Bürgerbeteiligung:

**Wird eine Bürgerbeteiligung durchgeführt:**  ja  nein

## Kurzvortrag:

Die Ausschussgemeinschaft DIE LINKE/ödp hat den Antrag gestellt, eine ÖPNV-Preisoffensive zu initiieren mit der Maßgabe, dass 1.000 Ingolstädtern die Möglichkeit geboten wird, ein vergünstigtes Jahresticket zum Preis von € 175,00 zu erwerben, um die Attraktivität des Nahverkehrs in Ingolstadt zu steigern.

Die Bundesregierung hat ein Entlastungspaket für die Bürgerinnen und Bürger verabschiedet, das den Zweck verfolgt, zum einen in der Nach-Corona-Phase die Bürger wieder zur Nutzung des Nahverkehrs zu animieren und zum anderen die gestiegenen Kosten auf allen Ebenen der Mobilität zu begrenzen. Dazu gehören bundesweit gültige, stark vergünstigte Monats-Tickets zum Preis von 9 Euro pro Monat, die innerhalb eines Aktionszeitraums von drei Monaten vom 1.Juni 2022 bis 31. August 2022 angeboten werden. Das 9-Euro-Ticket wird auch im VGI angeboten und anerkannt.

Das 9-Euro-Ticket wird mit umfangreichen bundesweiten Befragungen und Verkehrserhebungen wissenschaftlich begleitet, an denen auch INVG/VGI teilnimmt. Die Ergebnisse dieser verkehrstechnischen Untersuchungen sollten zunächst abgewartet und bewertet werden, um daraus ableitend mögliche Tarifmaßnahmen auch für den VGI-Verbund zu entwickeln. Das Bundesverkehrsministerium für Digitales und Verkehr prüft ebenfalls, ob und in welcher Form tarifliche Erkenntnisse aus der Nutzung des 9-Euro-Tickets gezogen werden können

Auf Ebene des Freistaats Bayern gibt es derzeit Überlegungen, eine Erweiterung des 365-Euro-Tickets für weitere Zielgruppen, vorrangig Studierende, zu prüfen, an dessen Finanzierung auch der Bund beteiligt werden soll.

Angesichts der derzeit vielfältigen tariflichen Aktivitäten des Bundes und des Freistaats, erscheint es aus Sicht der INVG-Geschäftsführung essentiell, keinen Verlust von Fördermitteln durch einseitige Tarifmaßnahmen zu riskieren. Dies kann dazu beitragen, Defiziterhöhungen der INVG und somit des städtischen Haushalts zu verhindern oder zumindest zu begrenzen.

Aktuell laufen zudem komplexe Verhandlungen zwischen dem Bund und den Ländern, um die sogenannten Regionalisierungsmittel aufzustocken, von denen auch die Kommunen finanziell profitieren könnten.

Das Bundesförderprogramm „VGI newMIND“ beinhaltet bereits Preismaßnahmen zur Förderung des ÖPNV in der Region Ingolstadt. So ist vorgesehen, ab dem 1. September 2022 allen Job-Ticket-Kunden bei Verlängerung und Neubeantragung das Job-Ticket für 14 Monate zum Preis von 12 Monaten anzubieten. Diese Tarifmaßnahme wird vom Bund mit 80 Prozent gefördert, die Differenz von 20 Prozent ist von den Aufgabenträgern nach dem Wohnortprinzip zu tragen.

### **Zusammenfassung:**

Aktuell gibt es eine Vielzahl von tariflichen Aktivitäten des Bundes und des Freistaats, die wie beim zeitlich begrenzten 9-Euro-Ticket sehr hohe Förderungen beinhalten und damit die Kommunen entlasten. Die Geschäftsführung schlägt daher vor, zunächst die Umsetzung und Finanzierung dieser angekündigten Tarifmaßnahmen abzuwarten und darauf aufbauend eine Bewertung des Antrags ÖPNV-Preisoffensive vorzunehmen. Des Weiteren ist im Hinblick auf die Tarifhoheit des Verkehrsverbunds Großraum Ingolstadt eine Befassung in diesem Gremium abzustimmen.